

# Ein Brief

von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD)

Sehr geehrter Herr Kullak-Ublick,  
in Ihrem Buch „Erziehung zur Freiheit – in Freiheit“ wollen Sie aus unterschiedlichen Perspektiven pädagogische und bildungspolitische Ideen zusammenführen. Die Beiträge sollen helfen, die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen. Dort, wo es angebracht ist, erwarten Sie von den Autoren deutliche Akzentuierungen. Ich komme Ihrem Wunsch gern nach, werde mich dabei aber auf einige Grundüberlegungen beschränken.

Die vor uns liegenden pädagogischen Aufgaben sind gewaltig und bedürfen der Anstrengung aller, insbesondere der Eltern, der Lehrkräfte, der Ausbilderinnen und Ausbilder in allen Institutionen. Die Globalisierung der Wirtschaft, der Informationen des Wissens und seiner Anwendungsmöglichkeiten wird unsere Lebenswelt zunehmend prägen und unser pädagogisches Handeln beeinflussen. Das Ziel, Schülerinnen und Schülern Grundlagen für ein erfülltes Leben in Frieden und Freiheit zu schaffen und zu sichern, dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren. Das heißt:

Wir müssen es unseren Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft ermöglichen, qualifiziertes Wissen zu erwerben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Diesen Zielen folgt u.a. das Schulgesetz, und unsere Lehrpläne konkretisieren sie in fachlichen und fachübergreifenden Bereichen.

Art. 7 des Grundgesetzes stellt das Schulwesen unter die Verantwortung des Staates. Dahinter steht die feste Überzeugung, dass unsere Schule ein unverzichtbares Moment gesellschaftlicher Integration und Verständigung ist. Ausschließlich in einem demokratisch legitimierten Schulwesen ist ein politischer Konsens über eine Grund- und Allgemeinbildung zu erreichen. Der staatlich gesetzte Rahmen schränkt die Selbständigkeit der Schulen nicht ein. Er sichert vielmehr die Entfaltungsmöglichkeiten und Mitwirkungsrechte der Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte. Das Recht und damit auch die Pflicht zur Selbstverwaltung und Selbstverantwortung ist im § 3 Abs. 1 des Schulgesetzes geregelt. Mit seiner Umsetzung lebt die Schule den Schülerinnen und Schülern demokratisches Handeln vor. Sie steht damit für die Erziehung zu Verantwortungsbereitschaft und Mündigkeit.

Die Schulaufsicht hilft, den staatlichen Bildungsauftrag umzusetzen. Ihre Verwaltungs- und Organisationsaufgaben haben einen genuin pädagogischen Auftrag. So berät sie Schulen in vielfältigen Fragen, initiiert, moderiert und evaluiert Schulentwicklungsprozesse, sichert die Qualität des Unterrichts und der Schulabschlüsse. Insbesondere die Qualität der Schulabschlüsse ist für die Ausbildungschancen junger Menschen von ganz entscheidender Bedeutung. Die genannten Aufgaben werden nicht „von oben herab“ wahrgenommen und führen nicht zu „einsamen Entscheidungen“. Sie resultieren – je nach Zielgruppe – aus einem ständigen Dialog mit Schulleiterinnen oder Schulleitern, Elternvertretungen, Schülerinnen und Schülern, Verbänden und Schulträgern, Ausbilderinnen und Ausbildern.

Schulaufsicht macht mit ihrer Tätigkeit Maßnahmen und Entscheidungen transparent und überprüfbar. Das trägt ganz wesentlich zu ihrer Akzeptanz und zur Konsensbildung bei. Insofern ist Schulaufsicht ein integrales Moment des Schulwesens und der einzelnen Schulen, und als solche wird sie wahrgenommen und auch beansprucht.

Als besonders wichtig empfinde ich es auch, dass wir Schülerinnen und Schüler nicht gängeln. Sie sollen offen sein und bleiben für Erfahrungen, die sie mit ihren Eltern, Freunden, Lehrkräften und Mitmenschen machen. Solche Erfahrungen lassen sich mit Begriffen wie z.B. Toleranz und Mitmenschlichkeit, Respekt und Achtung vor Andersartigkeit, Konsensfähigkeit und Friedfertigkeit, Bewahrung der Natur, Kritikfähigkeit und Leistungswillen umschreiben. Unsere Schulen leisten hierfür einen bedeutenden Beitrag.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Heide Simonis

24. März 2000

# Wohin geht die Schule?

Interview mit Gregor Gysi\*

**AmS:** Worin sehen Sie die größten pädagogischen Aufgaben der näheren Zukunft?

**Gregor Gysi:** Nach Ablauf des „Jahrhunderts des Kindes“, das nur so hieß und den Kindern enorme Probleme hinterlassen hat (Ozonloch, Massenarbeitslosigkeit, Waffenbestände), sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass der Mensch – und zwar der ganze – ebenso wie die ganze Menschheit – nicht nur der reiche Norden oder die Deutschen – endlich im Mittelpunkt allen Handelns stehen müssen. Für die Pädagoginnen und Pädagogen bedeutet das m.E., „die Menschen zu stärken und die Sachen zu klären“ (von Hentig), d.h. Kinder und junge Leute zu ermutigen, Zivilcourage zu zeigen, eigene Wege zu gehen, sich nicht nur als Ware Arbeitskraft verwerten zu lassen und auch Kunst und Kultur zu genießen und zu betreiben. Es gibt auch ein Leben jenseits von Schule und Job.

Die Sachen, die heute geklärt werden müssen: Wir brauchen Vollbeschäftigung im neuen Sinne (nicht nur für Männer, acht Stunden täglich, ein Leben lang). Das ist mach- und bezahlbar. Das gilt es zu erklären. Krieg ist spätestens heute nicht mehr führbar – in welchem Namen auch immer –, weil die Zivilisation zerstört und doch kein Problem gelöst wird (Beispiel: Kosovo). Pädagoginnen und Pädagogen müssen das erklären und auf ihre Weise für die „Bewahrung der Schöpfung“ sorgen (auch Ozonloch und geklonte Schafe werden von Menschen gemacht).

**AmS:** Wer ist in Deutschland für die Erziehung der Kinder verantwortlich, und wie kam es zu dem Anspruch des deutschen Staates, das gesamte Schulwesen kontrollieren zu dürfen?

**G. Gysi:** Das ist historisch erkämpft im Prozess der Zurückdrängung des Einflusses der Kirche. Bildung und Erziehung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, also von Familie, Gemeinde, Nachbarschaft, gesellschaftlichen Gruppen. Der Staat darf sich jedoch nicht aus der Verantwortung stehlen und der Privatisierung Vorschub leisten, was bedeuten würde, die Erziehung den Bildungs- und Medienkonzernen auszuliefern. Ande-

---

\* **Dr. Gregor Gysi** ist Rechtsanwalt und Mitglied des Bundestages (PDS). – Die Fragen stellte Henning Kullak-Ublick.

rerseits brauchen wir aber auch mehr Demokratisierung, Kommunalisierung, mehr Mitbestimmung für SchülerInnen und Eltern.

**AmS:** Ist die staatliche Schulaufsicht ein Relikt aus dem Obrigkeitsstaat? Wohin muss sich die Schulaufsicht in einer mündigen Bürgergesellschaft entwickeln?

**G. Gysi:** Staatliche Schulaufsicht war historisch ein Fortschritt gegenüber der Kirchenaufsicht, ist heute aber tatsächlich eher ein Relikt obrigkeitsstaatlichen Denkens. Die PDS-BildungspolitikerInnen haben schon vor Jahren Vorstellungen vorgelegt, wie das Bildungswesen von gewählten „Schulkammern“ verwaltet werden kann – ähnlich wie Industrie-, Handels- oder Ärztekammern gesellschaftliche Bereiche im Rahmen der Gesetze selbst regeln. So hätten die Länder nur Rechtsrahmenaufsicht.

Ansonsten benötigen wir organisierte „Schulberatung“ von Spezialistinnen und Spezialisten und Schulkolleginnen und Schulkollegen. Diese so genannte „Peer-group“-Evaluation funktioniert z.B. in Ungarn und den Niederlanden. Heute muss und kann man nicht alles „von oben“ regeln. Allerdings setzt das voraus, dass Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen wirklich selbst mitbestimmen können: z.B. auch bei Schuletataufstellung mitentscheiden sowie bei Einrichtung oder Schließung von Schulen. Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) müsste jedoch in der Pflicht bleiben, das Bildungswesen ausreichend zu finanzieren.

**AmS:** Wird Schule immer staatlich bleiben, und was ist eine freie Schule?

**G. Gysi:** Diesen Gegensatz sehe ich nicht. Im Gegenteil: Unser staatliches öffentliches Bildungswesen müsste das freiheitlichste, demokratischste, fortschrittlichste werden und könnte es sein, da die öffentlichen Schulen sich weder einzelnen Unternehmen und ihren Marktinteressen verpflichtet fühlen müssen noch bestimmten Dogmen und Ideologien wie z.B. katholische Schulen. Schulen in freier Trägerschaft sind dann überflüssig, wenn alle Schulen ihr eigenes inhaltliches Profil entwickeln und weitestgehend über ihre Organisation entscheiden können.

**AmS:** Woran liegt es, dass freie Schulen in Deutschland gegenüber den staatlichen Schulen rechtlich und finanziell benachteiligt werden? Gibt es dafür substantielle Gründe?

**G. Gysi:** Deutschland hat schlechte historische Erfahrungen mit privaten Vorschulen, Schulen und Bildungseinrichtungen gemacht, und auch die ideologische Bindung mancher Privatschule und ihre soziale Selektionsfunktion lassen eine Rechtsrahmenaufsicht und Kontrolle begründ-

bar erscheinen. Das darf jedoch nicht in Gängelei und Verhinderung von Schulvielfalt und Selbstverwaltung ausarten. Ich sehe keinen Grund, Schulen, die auf dem Boden des Grundgesetzes arbeiten, finanziell zu benachteiligen, und kann insofern den Zielen Ihrer Initiative nur zustimmen.

**AmS:** Die schleswig-holsteinische Volksinitiative „Schule in Freiheit“, die sich für eine Modernisierung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Schulwesens einsetzt, wurde im September 1998 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag für unzulässig erklärt und wartet seitdem auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, um mit ihrer Arbeit fortfahren zu können. Ob Absicht oder nicht: Für eine Volksinitiative ist eine derart lange Zwangspause nur sehr schwer durchzuhalten. Halten Sie das für gerechtfertigt?

**G. Gysi:** Die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtags kann ich – ausgehend von meinem Kenntnisstand – nur schwer nachvollziehen. Die PDS hat immer schon Volksinitiativen, -entscheide und -begehren für die „Demokratisierung der Demokratie“ gefordert, denn in dieser Beziehung ist unsere Verfassung durchaus ergänzungsbedürftig. Eben weil durchaus nicht jedes politische Problem vom Bundesverfassungsgericht gelöst werden kann und die von Ihnen erwähnte „Zwangspause“ natürlich weiteres Arbeiten behindert, sollten die Rechte von Volksinitiativen festgeschrieben werden.

**AmS:** Was möchten Sie den Lehrerinnen und Lehrern der Zukunft in die Herzen schreiben?

**G. Gysi:** Um der Ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen willen: Lassen Sie sich weniger als bisher gefallen, wehren Sie sich gemeinsam gegen die weitere Verschleppung der notwendigen Bildungsreform, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Und misstrauen Sie der „Obrigkeit“: Sie sagt „Zukunft“ und spart nicht zuletzt auch auf Kosten der Kinder. – Ich wünsche Ihrer Volksinitiative viel Erfolg.